

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Petr Bystron, Armin-Paulus Hampel, Dr. Roland Hartwig, Dr. Anton Friesen, Waldemar Herdt, Paul Viktor Podolay, Dr. Lothar Maier, Udo Theodor Hemmelgarn, Dr. Robby Schlund, Marc Bernhard, Peter Boehringer, Marcus Bühl, Matthias Büttner, Tino Chrupalla, Joana Cotar, Peter Felser, Dietmar Friedhoff, Franziska Gminder, Wilhelm von Gottberg, Kay Gottschalk, Armin-Paulus Hampel, Mariana Iris Harder-Kühnel, Martin Hess, Karsten Hilse, Martin Hohmann, Leif-Erik Holm, Stefan Keuter, Steffen Kotré, Frank Magnitz, Jens Maier, Volker Münz, Sebastian Münzenmaier, Christoph Neumann, Ulrich Oehme, Frank Pasemann, Tobias Matthias Peterka, Stephan Protschka, Uwe Schulz, Thomas Seitz, Detlev Spangenberg, Dr. Harald Weyel, Dr. Christian Wirth und der Fraktion der AfD

zu der Beratung des Antrags der Bundesregierung

– Drucksachen 19/18734, 19/18951 –

Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der durch die Europäische Union geführten militärischen Krisenbewältigungsoperation im Mittelmeer EUNAVFOR MED IRINI

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die von der Bundesregierung angestrebte Beteiligung der Bundeswehr an der Militäroperation EUNAVFOR MED IRINI ist verfehlt, unverhältnismäßig und nicht im deutschen Interesse. Bereits die Vorgängermission EUNAVFOR MED SOPHIA löste eine Zunahme der Migration aus, obwohl die Aufnahme von Migranten nicht Teil des Missionsziels war. Von dieser Entwicklung profitierten lediglich die Schlepper, die für ein hohes von den illegalen Migranten zu entrichtendes Entgelt deren gefährliche Überfahrt nach Europa organisierten. Diese Form der irregulären Migration gefährdet die zur Überfahrt willigen Migranten und wirkt sich auf die Stabilität Europas negativ aus. Der Deutsche Bundestag lehnt daher eine Beteiligung deutscher Streitkräfte an der von der EU geführten Mission IRINI ab.

- II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,
1. sich nicht an der von der Europäischen Union geführten Militäroperation EUNAVFOR MED IRINI zu beteiligen,
 2. sich grundsätzlich gegen die Ausschiffung von im Mittelmeer aufgenommenen Migranten in Europa auszusprechen und stattdessen auf die Rückführung der Migranten nach Nordafrika (zum Beispiel Tunesien) oder gegebenenfalls in ihre Herkunftsländer zu bestehen,
 3. umgehend einen Evaluationsbericht über die beendete Operation EUNAVFOR MED SOPHIA zu erstellen und diesen dem Deutschen Bundestag zuzuleiten sowie
 4. die Afrikanische Union beziehungsweise die nordafrikanischen Staaten noch nachhaltiger als bisher zu bestärken, eigeninitiativ, fortwährend und wirkungsvoll gegen den Waffenschmuggel vorzugehen, und ihnen hierfür in Kooperation mit anderen europäischen Staaten ausreichende Unterstützung, zum Beispiel in Form von Ausstattungshilfe, zukommen zu lassen.

Berlin, den 30. April 2020

Dr. Alice Weidel, Dr. Alexander Gauland und Fraktion

Begründung

Durch die verstärkte Präsenz von Schiffen im Mittelmeer werden Anreize zur illegalen Migration nach Europa und letztlich auch nach Deutschland geschaffen („Pull-Effekt“). Die Vorgängermission EUNAVFOR MED SOPHIA und andere nationale Operationen, wie beispielsweise „Mare Nostrum“ der italienischen Marine, haben dies erneut bestätigt. Mehr als 49.000 Migranten wurden alleine im Zuge der Operation Sophia aufgenommen, obwohl die Seenotrettung kein zentraler Bestandteil der Mission war, sondern nur beiläufig geschah. Besorgniserregend war zudem die Beobachtung, dass mit der zugenommenen Migration, auch die Zahl derer gestiegen ist, die die hochriskante Überfahrt mit ihrem Leben bezahlen mussten. Erst mit der faktischen Beendigung der maritimen Operationen und der Sanktionierung privater sogenannter Seenotretter konnte dem Sterben im Mittelmeer Einhalt geboten werden.

Der im Mandat implementierte Mechanismus, der auf Wunsch eines EU-Staates ausgelöst wird und die Operation für acht Tage unterbrechen kann, zeigt bereits, dass die Befürchtung, eine neue Migrationswelle könne entstehen, begründet und erwartbar ist.

Darüber hinaus wird das Ziel der Mission IRINI, die Unterbindung des Waffenschmuggels zur Durchsetzung des UN-Waffenembargos, durch die bereitgestellten Mittel nicht zu erreichen sein. Waffen erreichen Libyen vor allem auf dem Luft- und Landweg. Aufgrund der Positionierung der Schiffe vor dem östlichen Teil der Küste Libyens können Waffen überdies nach wie vor vom westlichen Teil der Küste aus ins Land geschmuggelt werden.

Die Regularien der Mission IRINI sehen vor, dass die Staaten unter deren Flagge verdächtige Schiffe verkehren, der angekündigten Kontrolle widersprechen können. Fährt beispielsweise ein türkisches Schiff in Richtung Tripolis und die Regierung in Ankara stimmt der Durchsuchung nicht zu, kann es seine Fahrt ungehindert fortsetzen. Im schlechtesten Falle würde diese Herangehensweise zu Konflikten mit dem NATO-Partner Türkei führen, aber nicht zur Beschlagnahmung von Waffen. Auch mit der Russischen Föderation zeichnen sich bereits erste Unstimmigkeiten ab. Russische Offizielle haben sich mehrfach kritisch über die EU-Operation IRINI geäußert und

zunächst ein neues Mandat des UN-Sicherheitsrates gefordert. Selbst die international anerkannte libysche Regierung der Nationalen Übereinkunft hat sich gegen diese EU-Mission ausgesprochen. Dies wirft grundsätzliche Fragen nach der Legitimität des Einsatzes auf.

Die Erfolgsaussichten der EU-Mission IRINI sind aufgrund der zuvor dargelegten Umstände ausgesprochen gering. Dennoch tragen die deutschen Streitkräfte bei einer Beteiligung an der Mission IRINI erhebliche personelle, finanzielle und materielle Belastungen. Die geplante Mandatsobergrenze soll bei 300 Bundeswehrsoldaten liegen und die Gesamtkosten werden für den Zeitraum vom 7. Mai 2020 bis zum 30. April 2021 rund 45,6 Millionen Euro betragen. Gleichzeitig bedeutet die Teilnahme an der Operation IRINI für die Bundeswehr, dass die hierfür zur Verfügung gestellten Kräfte für die Landes- und Bündnisverteidigung fehlen.

Die Bundesregierung hat die Beteiligung der deutschen Streitkräfte an der Vorgängermission Sophia nach wie vor nicht evaluiert. Ein entsprechender datenbasierender und abwägender Bericht würde nicht nur das Missverhältnis von großem Aufwand zu geringer Wirkung näher beschreiben, sondern auch politische Fehlentscheidungen offenlegen. Dies gäbe dem Deutschen Bundestag die Möglichkeit, Lehren aus der gescheiterten bewaffneten EU-Mission zu ziehen, um vergleichbare Fehler bei zukünftigen Einsätzen dieser Art zu vermeiden.

Die Europäische Union sollte die Afrikanische Union beziehungsweise die nordafrikanischen Staaten ermuntern, eine aktivere Rolle bei der Bekämpfung des Waffenschmuggels in den an ihre Länder grenzenden Mittelmeerregionen zu übernehmen. Insbesondere den nordafrikanischen Staaten kommt hierbei eine Schlüsselrolle zu. Sie verfügen über vielfältige politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Verbindungen untereinander und in die Subsahara-Staaten hinein und könnten aufgrund dessen die im Mittelmeer aufgenommenen illegalen Migranten entweder nach Nordafrika zurückbringen oder sie, so die Voraussetzungen erfüllt sind, direkt in ihre Herkunftsländer zurückführen.

